

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins.

Redaction und Expedition: Berlin, Dresdnerstraße Nr. 85.

Redigirt von J. S. v. Hoffstein und J. S. v. Schweizer.

Abonnement-Preis für Berlin incl. Frangierlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 2 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 1 3/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Thlr. (fl. 1. 45. Sdbb., fl. 1. 50. Sterr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expediteur, von der Expres-Compagnie, Scharrenstr. 1, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreispaltige Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.
Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

An die Arbeiter unserer Partei.

Das Parteiorgan wird, wie bisher so auch in Zukunft, in unermüdlichem Kampfe die Sache der politischen und socialen Freiheit, insbesondere die Interessen der Arbeiter gegen die staatliche Reaction und gegen die Capitalmacht schonungslos vertreten.

Wägen die Arbeiter unserer Partei bedenken, daß es eine Ehrenpflicht für sie ist, mit allen Kräften für die Verbreitung des Parteiorgans zu wirken.

Wir fordern sie daher auf, bei Gelegenheit des Quartalswechsels in diesem Sinne thätig zu sein.

Politischer Theil.

Deutschland.

* Berlin, 26. Sept. [Die russische Note in Betreff des Gasteiner Vertrages] scheint doch zu existiren. Wenigstens liest man in der „France“ vom 24. d.:

„Das Rundschreiben des Fürsten Gortschakoff über die Gasteiner Convention ist, nach den Mittheilungen der (Frankfurter) Europe, weniger accentuirt als das des Carl Russell und das des Herrn Drouyn de Lhuys. Die russische Regierung hat, wegen ihrer Politik gegen Polen, alle Ursache zur Zurückhaltung. Der Minister des Czaren beschränkt sich darauf, zu erklären, daß sein Herrscher mit Bedauern auf eine Convention sehe, die so die Verträge verlege, und daß dieselbe eine unheilverfälschende Thatsache sei, welche Vermittlungen nach sich ziehen könne, denen Preußen und Oesterreich vorzuziehen vielleicht außer Stande sein dürften. Das wäre der wesentliche Inhalt des russischen Schriftstücks.“

Daß die Note nicht in dem Tone der französischen und englischen gehalten sein kann, geht schon aus den (in Nr. 151) mitgetheilten Aeußerungen des „Journal de Saint Peterbourg“ hervor.

[Aus den Herzogthümern] erfährt man nach einer officiellen Mittheilung aus Kiel daß der Statthalter v. Gablenz die Redacteure der holssteinischen Zeitungen zur Einsegnung eines Censur-Exemplars an die Behörde verpflichtet hat.

[Der Herzog von Pauenburg.] Aus dem officiellen Programm für die Feierlichkeiten, welche zu Ehren des Herzogs (zugleich Königs von Preußen) in Rageburg veranstaltet werden, geht hervor, daß die „Erbhuldigung“ des Landes durch die lauenburgische Land- und Ritterschaft am Dienstag stattfinden wird. Der Lübecker Senat entsendet den Senator Curtius zur Begrüßung des Herzogs nach Rageburg, nachdem auf die desfallsige Anfrage eine „freundliche, zustimmende Antwort“ in Lübeck eingetroffen war.

Nachstehendes Telegramm aus Rageburg, Dienstag, 26. Sept., Vormittags, läuft in dieser Sache ein:

Der König, der in Begleitung des Kronprinzen, des Grafen v. Bismarck und eines zahlreichen Gefolges bereits in Büchen auf dem glänzend decorirten Bahnhofe von einer Deputation der Ritterschaft empfangen war, trat hier gestern gegen Abend ein und wurde auf dem prachtvoll mit preussischen Fahnen ausgestatteten Bahnhofe von den Spitzen der Landesbehörden unter dem Jubel des zahlreich zusammengeströmten Volkes begrüßt. Die Stadt ist auf das Prachtigste geschmückt; Abends fand eine von dem schönsten Wetter begünstigte Illumination statt.

[Zum May'schen Fall] wird aus Pellerberg, Dienstag 26. Sept., Morgens telegraphirt: Die Staatsanwaltschaft, vertreten durch den Berliner Oberstaatsanwalt Adlung, welcher die Angelegenheit persönlich, mit Umgehung des hiesigen Staatsanwalts betreibt, hat nunmehr gestern die Anklage gegen den Redakteur May definitiv erhoben und eingeleitet. Die Anklage lautet auf Verletzung der Ehrfurcht gegen den König (§. 75 St.-G.-B.) und findet die Verletzung in einem Artikel der „Schleswig-Holsteinischen Zeitung.“ Zur mündlichen Verhandlung ist Termin auf den 6. October anberaumt worden. May wird höchst rücksichtsvoll behandelt. Es wurden ihm die Selbstverpflügung, sowie Licht Cigarren, Lectüre, Zeitungen jedoch ausgenommen, bewilligt.

[Königliche Ansichten.] Wir haben vor etlichen Tagen ein Bruchstück aus der Rede gebracht, welche an den König von Preußen der General v. Schach über den Geist hielt, der in der preussischen Armee herrschen und herrschen müsse. Der König hat nunmehr erklärt: „daß, was der General in dieser Beziehung gesagt habe, allerdings erforderlich sei, damit der Souverain eine tüchtige und disciplinirte Armee habe“, somit die Ansichten des Generals ausdrücklich gebilligt.

[Wieder eine merkwürdige Confiscation] hat stattgefunden. Die conservative „Düpreuß. Ztg.“ war bekanntlich wegen eines Auszuges aus der russischen Note confiscirt worden. Hierüber beschwerte sich das conservative Blatt bitterlichst in einem eigenen Artikel mit der Ueberschrift: „Auch einmal oppositionell.“ Dieser Artikel, in welchem über Polizeiwirtschaft geklagt war, führte zu einer neuen Confiscation, diesmal durch die Staatsanwaltschaft. Polizei oder Staatsanwaltschaft — Staatsanwaltschaft oder Polizei — es kommt so genau nicht darauf an!

[Zum berühmten Hülsmann'schen Erlaß] bemerkt selbst die „Kreuz-Ztg.“: „Es ist uns doch unerfindlich, wie diese Verfügung rechtlich begründet werden könnte.“

[Die Schwarzen in Baden] haben bekanntlich seiner Zeit ungeheuer in die Pforten getrieben wegen all' der Verbrechen, welche bei der Sprengung ihres Wandercasino's in Mannheim begangen worden sein sollten. Dieser Lärm erhält jetzt durch das Urtheil des Kreisgerichts zu Mannheim eine eigenthümliche Illustration. Einer der wegen jener Vorfälle An-

geklagten ist zu 14 Tagen Gefängniß verurtheilt, die Andern sind freigesprochen. Es scheint also nicht so arg gewesen zu sein.

[Die Todten verlassen ihre Gräber.] Wenigstens finden wir in der „Frankf. Postztg.“ nachstehenden Bericht aus Frankfurt a. M., vom 24. d.:

Heute fand im Englischen Hofe eine Sitzung des Ausschusses des deutschen Reformvereins statt, an welcher fast alle Mitglieder theilnahmen. Das Resultat war eine Ansprache an die Mitglieder des Vereins (s. unten), welche das Recht Schleswig-Holsteins auf volle Selbstständigkeit und Unabhängigkeit, auf seinen legitimen Herzog Friedrich VIII. und auf die Geltung der schleswig-holsteinischen Landesvertretung betont und durch die sämmtliche deutsche Presse Verbreitung finden soll. (Der Anschuß besteht bekanntlich aus den Herren Dr. Adam in Ulm, Dr. Bärens in Hannover, Stadtschultheiß Bayrhammer in Ellwangen, Professor Dr. Brinz in Prag, D. v. Dahmen in Karlsruhe, Hr. v. Dobbshof-Dirt in Wetzlar bei Baden (Oesterreich), Professor Dr. Edel in Würzburg, Dr. Julius Fröbel in Wien, R. J. Fromman in Jena, Geh. Rath Dr. Goldmann in Darmstadt, Dr. Großmann, Obergerichtsprocureur, und Dr. Heydenreich, Medicinalrath, in Wiesbaden, Freiherr v. Perschensfeld in Bamberg, Dr. Pöschke Advokat in Leipzig, Professor Dr. Böhl in München, Landrath Hr. v. Kössing in Hannover, Professor Dr. Schölle in Tübingen, Dr. v. Wänter, Obergerichts-Advokat in Freiburg (Baden), A. Wiener, Handelsconsul in Darmstadt, Dr. Witte, Obergerichts-Director in Hannover, Hr. v. Zehmen auf Stauchitz (Sachsen), Hr. Graf v. Zepelin zu Achhausen (Württemberg).)

Die beschlossene Ansprache, welche gleichzeitig mit diesem Bericht von der „Frankf. Postztg.“ veröffentlicht wird, lautet:

An die Mitglieder des deutschen Reformvereins.

Das Recht Schleswig-Holsteins auf volle Selbstständigkeit und Unabhängigkeit, auf seinen legitimen Herzog Friedrich VIII. und auf die Geltung seiner Landesvertretung wird neuerdings durch die Ueberkunft von Gastein aufs schwerste beeinträchtigt. Ueberdies ist die Rechteförmigkeit und die Freiheit deutscher Staatsbürger durch die Verhaftung und Gefangenhaltung des Dr. May in empörender Weise verletzt.

Die Bestrebungen des Reformvereins, welcher die Umbildung des deutschen Bundes auf legalem Wege sich zur Aufgabe gestellt hat, sind gefährdet, so lange Fürsten- und Volkrecht in einem deutschen Lande von deutschen Regierungen selbst, in solcher Weise hintangelegt und gebeugt wird.

Aus diesem Grunde glaubt der Ausschuß im Sinne sämmtlicher Vereinsmitglieder zu handeln, wenn er heute beschloffen hat, von einer General-Versammlung des Vereins bis weiter abzusehen.

Frankfurt a. M., den 24. Sept. 1865.

Der Ausschuß des deutschen Reformvereins.

Es ist trefflich, daß dieser „großdeutsche Reform-Verein“ den politischen Schauplatz durchaus nicht verlassen will und immer wieder zum Vorschein kommt. Mit Augustenburgeri („legitimem Fürstenerbrecht“!!) und Bundeswirthschaft wollen diese Schlafmützen gegen die Politik zweier großen Militärstaaten aufkommen! Mit einem Hirngespinnst und einem Reichnam gegen Bajonette! Und gar noch:

socialer
einig n
nicht e
im
uns v
Vord
Es
ständn
zu bri
werden
politi
Ma a
Stau
rubig
Wit
in Da
Klein
treibe
Wit
Närung
eine de
schrille
nicht de
vermöge
allzubod
Aber
kein An
besieht,
lende
w
D
nicht in
daß es
reich u
dieses
würde,
Rein
sammelt
die Zeit
Goth
D
in dem
Dr. L
die Dar
breiten
An d
dene Be
hatten
von Da
Rannbei
Kiel, Pr
Emil R
haben, I
in einer
ordnung
sammte
die Hel
seleh.
Nebo
und der
Wärtem
Kurbes
Oesterrei
treter vi
panisatio
stellen
beispiels
begünstig
Blind'
Hien Blai
Der
wurde u
und Ne
auftragt.
Die
Partei
führte zu
ein Pro
Berlamm
*) In
Stätten
Wuttfe
den, Abg
und Ban

der deutsche Bund soll „auf legalem Weg umgebildet werden.“ Ein Reichnam umgebildet! Es ist um Bismarckisch zu werden!

[Ein offenbar böswilliger Denkfehler] begegnet uns in einem Theile der süddeutschen Presse. Bei Besprechung der Zukunftsgestaltung Deutschlands wird nämlich der Gegensatz von „Einheitsstaat“ und „Föderativrepublik“ aufgestellt. Dies soll die niederträchtige Auffassung verbreiten, als ob der deutsche Einheitsstaat notwendig monarchisch, die deutsche Republik notwendig föderativ sein müsse. Wo bleibt da die Eine untheilbare, die centralisirte Social-Republik? Obwohl wir es für vorerst müßig halten, über diese Dinge zu streiten, so mußten wir doch im Interesse der Logik unsere Bemerkung machen.

* **Wien, 23. Sept.** [Zur großen Staatsconfusion.] Auf einige Fragen, welche das Manifest und Patent hervorruft, wird in den Inspirationen des Pressbureau's, wie ein Correspondent der „N. F. P.“ berichtet, folgende Antwort gegeben: 1) Der Reichsrath ist nicht aufgelöst. 2) Die Landtage werden die staatsrechtliche Frage mit ihrem bloß consultativen Botum nicht zu entscheiden haben. Wohl aber wird das Resultat der Verhandlungen mit Ungarn und Croatien dem zu diesem Zwecke einzuberufenden Reichsrath vorgelegt werden. 3) Die fictive Unterscheidung zwischen engerem und weiterem Reichsrath ist zu Ende. An die Stelle des Letzteren soll eine wirkliche Centralvertretung zur Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten treten. Die Definirung der gemeinsamen Angelegenheiten — das ist das Wichtigste und Entscheidende. 4) Scheitert die Verhandlung mit Ungarn, so bleibt den westlichen Kronländern ihre Verfassung gesichert. 5) Die Controls-Commission für die Staatsschuld, auf einem besondern Gesetze fußend, wird nicht aufgehoben. 6) An die Constituirung eines Venetianischen Landtags wird vorläufig gar nicht gedacht. Das fertig liegende Statut wird einer durchgreifenden Revision unterzogen, aber das ist Sache der Zukunft. Es ist „die letzte der staatsrechtlichen Fragen, die Graf Belcredi in Angriff zu nehmen gedenkt.“

— 25. Sept. [Neuestes.] Die „Generalcorrespondenz“ vernimmt aus sicherer Quelle, daß die von verschiedenen Blättern gebrachten Mittheilungen über den angeblich an die kaiserliche Regierung gerichteten Vorschlag der preussischen Regierung zu einer gemeinschaftlichen Entgegnung auf die Rundschreiben, welche jüngst, anlässlich der

gastiner Convention, von Frankreich und England an ihre diplomatischen Vertreter „ergangen sein sollen“ (!), jeder Begründung ermangeln. Die „Generalcorrespondenz“ erklärt, daß weder die französische noch die britische Regierung, sei es im amtlichen oder außeramtlichen Wege, irgend welche Eröffnung im Sinne der erwähnten Rundschreiben an das kaiserliche Cabinet haben gelangen lassen, daß mit hin auch für letzteres kein Anlaß zu Gegenbemerkungen vorliege. — Kein Anlaß zu Gegenbemerkungen? Man wird sich vergeblich abmühen, die Leute glauben zu machen, daß dies die Haltung von Großmächten sei, die sich wirklich als solche fühlen. Die Frage liegt doch zu nahe, ob Frankreich und England eine solche Sprache von Oesterreich und Preußen geduldet haben würden. Aber freilich — man fühlt, daß man in dieser Sache wie die auswärtigen Regierungen so auch das eigene Volk gegen sich hat; man weiß ferner, daß man auf einem Vulkan steht; daher vermuthlich die Bescheidenheit.

Ausland.

* **Paris, 24. Sept.** [Tagesbericht.] Der „Constitutionnel“ bringt heute richtig den angekündigten Artikel des Herrn P. Limayrac über die Maßregeln, welche die englische Regierung in Dublin gegen die Fenier in Anwendung zu bringen für nöthig gefunden hat. Das, was den officiösen Publicisten am meisten interessiert, ist, daß, wie er behauptet, gegen das dubliner Blatt „Irish People“ eine „militärische Censure“ verfügt wurde und daß kein englisches Blatt gegen diesen Eingriff in die allgemeine Pressfreiheit Protest erhebt. Und was will Herr Limayrac durch Hervorhebung dieser Thatsache beweisen? Er sagt: „Sicherlich suchen wir nicht die künftige Genugthuung, ein großes Volk im Widerspruch mit sich selbst zu finden. Aber wir sagen, daß dieselben Uebel dieselben Heilmittel erfordern: daß dieselben Ursachen auch dieselben Wirkungen zur Folge haben; daß, wenn eine verübergebende Agitation eine außerordentliche Strenge gegen die Blätter von Irland rechtfertigt, die absolute Befreiung der Presse bei uns, wo die Agitation permanent ist, wo tagtäglich selbst die Grundlagen der Verfassung verstimmt vom revolutionären Geiste unterwühlt und von der eifrigen Coalition der Parteien bedroht werden, nicht möglich ist.“ Vortreffliche Logik! Weil die englische Regierung mit ihrem hochkirchlich-aristokratischen Despotismus in Irland auf den Unwillen des Volkes stößt und darum zu Gewaltmaßregeln greifen muß, darum

soll die Gewalt Herrschaft des zweiten Decembers gerechtfertigt sein! — Die Unterhandlungen über einen Handelsvertrag zwischen Oesterreich und Frankreich waren bekanntlich abgebrochen worden. Es wird behauptet, daß man in neuester Zeit dieselben aufgenommen habe in der Hoffnung, bald zu einem sichereren Ergebnisse zu gelangen, als beim ersten Versuche. — Eine Correspondenz aus Toulon im Messager de Monnegellier meldet, daß in der ersten Stadt der Befehl eingetroffen ist, alle gepanzerten Batterien, welche in dem dortigen Hafen seit dem italienischen Kriege abgetaktet liegen, auszurüsten. Man hatte zuerst geglaubt, daß diese Batterien eine Demonstration gegen Tunis machen sollten. Da aber ein einziger Aviso dazu hinreichen würde, so glaubt man, daß ernstlichere Beweggründe vorliegen, welche diese Maßregel veranlaßt haben. — Nach der Rückkehr des Hofes aus Biarritz wird derselbe nur eine Woche in St. Cloud verweilen, und sich dann nach Compiègne begeben.

— 25. Sept. [Neuestes.] Bei der heutigen Wahl im Dife-Departement wurde der Regierungskandidat Barillon, früheres Mitglied der Constituanten und ehemaliger Commissar der provisorischen Regierung im Dife-Departement, mit 17,243 Stimmen von 27,848 zum Deputirten für den gesetzgebenden Körper gewählt.

* **London, 23. Sept.** [Die Fenier.] Es unterliegt keinem Zweifel, daß die fenische Bewegung bedeutender ist, als die englische Presse sie hinstellen wollte. Wieder wurden zwei Sergeanten der Armee, als bei der Bewegung theilhaftig, verhaftet. Der „Corr Examiner“ spricht von der Unzufriedenheit der Truppen überhaupt und meint, daß man neuen Verhaftungen in den Regimentern entgegen sehe. Die „Constitution von Cork“ theilt mit, daß eine große Anzahl Soldaten, die als Fenier verdächtig wären, überwärmt würden. Aber auch unter den Beamten scheint es Parteigänger der fenischen Bewegung zu geben. In Dublin fand bei einer Magistratperson, dem Herrn Shee, eine Hausdurchsuchung statt. Man suchte nach einer Waffenniederlage daselbst, entdeckte aber nichts. Es bestätigt sich auch, daß der Fenismus die Polizeibehörden angestekt hat, und von England mußten neue Polizeibeamte nach Irland geschickt werden. Die Verzweigung der Gesellschaft reicht, wie wir bereits bemerkten, bis in mehrere englische Städte, und es wurden in Salford, in Manchester, in Sheffield und in Liverpool Verhaftungen vorgenommen. Außerdem scheint die materielle Hilfe-

Feuilleton.

Michel Langmuth, der Schuhmacher.

Eine Arbeitergeschichte

von

J. D. v. Hofstetten.

II. Kapitel. (Schluß.)

Da Hugo sah, daß mit Varuch wirklich nichts mehr zu machen sei, er auch keine Zeit mehr verlieren durfte und die vollen 1000 Thaler durchaus haben mußte, so verkaufte er dem Juden den ganzen Schmutz für 1500 Thaler, worauf es der Debräer vom ersten Augenblick an abgesehen hatte. Dafür aber zahlte er ihn auch zugleich und im besten Gelde, zum größten Theil jedoch in Gold aus, das er ihm für voll anrechnete, obwohl es eben ziemlich nieder stand.

Zwar mit schuldbeladenem Gewissen aber dennoch mit seinen bisherigen Operationen zufrieden und besonders darüber erfreut, die Tortur mit dem hochbetagten Juden hinter sich zu haben, verließ er dessen Stube und trat auf den finstern Gang hinaus, wo ihm Abigail, die in demselben Augenblicke aus der Nebenstube kam, auf die Schwerehörigkeit ihres Vaters jänzigend, noch einmal ein zärtliches „Auf Wiedersehen!“ zuflüsterte. Dann schritt er schweigend der Stadt zu und setzte sich in die nächste ihm begegnende Droschke, um so schnell als möglich zur Polizei zu kommen.

Dort angelangt erzählte er, als von seiner Tante damit beauftragt, dem diensthabenden Beamten

nur den Hergang des Vorfalles nach seinen Hauptmomenten schildernd: daß Michel vor ihm bei der Commerzienrätin gewesen sei und diese demselben ihren Schmutz gezeigt habe, von welchem er dann beim Fortgehen ein Kreuzchen von Perlen auf der Straße gefunden, das er sogleich seiner Tante gebracht habe, wodurch diese erst auf das Fehlen des ganzen Gegenstandes aufmerksam geworden und nun, da außer ihm Niemand gekommen oder gegangen, auch sonst Niemand im Hause gegenwärtig gewesen sei, nicht anders als in Michel den Thäter vermuthen könne.

Von dem Beamten zu einer Beschreibung des Schmutzes aufgefordert, gab er an, denselben niemals genauer gesehen zu haben und daher eine solche nicht machen zu können.

Nachdem hierauf diese Aussagen zu Protokoll genommen waren und der Beamte erklärt hatte, unverzüglich alles Nöthige und besonders eine Hausdurchsuchung bei Michel anordnen zu wollen, entfernte sich Hugo und bezag sich wieder zu seiner Tante zurück, um sie von dem Erfolg seiner Schritte zu benachrichtigen.

Obwohl er dahin in der mitgebrachten Droschke und mit möglichster Schnelligkeit gefahren war, kam doch, fast gleichzeitig mit ihm, ein Polizeibeamter dort an, der ihm, ohne daß er es bemerkt hatte, nachgefahren war.

Dieser verlangte sogleich die Commerzienrätin allein zu sprechen und ließ sich von ihr die näheren Umstände ausführlich mittheilen.

Hugo wartete unterdessen in einem Nebenzimmer, nicht ohne Herzklopfen, weil er fürchtete, daß seine Tante die Geschichte von den verlorenen 1000 Thlr.

erzählen und dieselbe den Criminalisten auf eine andere Fahrt bringen möchte.

Seine Furcht war jedoch grundlos gewesen. Seine Tante verschwieg diesen Umstand, theils weil sie wirklich nicht den leisesten Verdacht gegen ihn hegte und sich sagte, daß jene Geschichte bei dem Beamten einen derartigen Verdacht erregen könnte, theils um nicht die Schwäbigkeit ihres Benehmens selber an's Licht ziehen zu müssen.

So stimmten denn ihre Angaben genau mit denen Hugo's überein, der sehr erfreut war, als sie ihn, nach dem Bezichte des Criminalpolizisten, einen genauen Bericht darüber erstattete.

Ein sehr heiklicher Punkt — den sie nicht ganz übergehen zu können glaubte, da er bei den späteren Verhandlungen wahrscheinlich zum Vorschein kommen würde — war ihr schwäbliches Benehmen mit dem so unschuldigen Michel.

Doch half ihr ihre Dreistigkeit und Lügengewandtheit auch über diese Klippe hinweg.

Sie behauptete nämlich, der junge Mensch, dem sie immer eine mütterliche Freundin gewesen sei, habe, ihre Cordialität für Zärtlichkeit nehmend, sich unanständig gegen sie benehmen wollen, dann aber, als sie ihn mit Indignation in seine Schranken verwiesen, die Sache so gedreht, als ob er ihre Gefühle nicht erwidern könne, weil er Martha's Bräutigam sei.

Bis hierher also war für den jungen Verbrecher Alles vortrefflich gegangen.

Da Martha noch immer nicht zurückgekehrt war, jedoch nun jeden Augenblick erscheinen konnte und er gerade jetzt nicht mit ihr zusammentreffen wollte, — er hatte Angst sich ihr gegenüber zu verrathen